

INLAND
Der Ärger über zu hohe Handygebühren soll möglichst bald ein Ende haben.

SEITE 21

AUSLAND
Ei Kaida könnte ihren Selbstmordattentätern künftig Sprengstoff implantieren.

SEITE 22

AUSLAND
Silvio Berlusconi hatte noch nie so viele Gründe, amts müde zu sein.

SEITE 23

KULTUR
Im Film «Les Petits Mouchoirs» dreht sich alles um das Thema Beziehung.

SEITE 24

BOULEVARD
Todes-Schnaps führt zu einem Grosseinsatz der türkischen Behörden.

SEITE 36

SONNTAGSINTERVIEW: KARIN KELLER-SUTTER

«Eine Frage der Verhältnismässigkeit»

Karin Keller-Sutter befürchtet einen «jahrelangen Stellungskrieg» zur Ausschaffungsinitiative. Die St. Galler Regierungsrätin vermisst die Kompromissbereitschaft, um Lösungen zu finden – und lobt die Sicherheitsstandards der Ostschweiz.

Mit Karin Keller-Sutter sprach Urs Zurlinden

Frau Keller-Sutter, machen Sie keine Sommerpause?

Karin Keller-Sutter: Erst im August. Als Regierungspräsidentin habe ich noch Termine wahrzunehmen: Der Kanton St. Gallen hat einen Auftritt zum 1. August in München, dann vertritt ich die Regierung an den Bregenzer Festspielen und in zehn Tagen fahre ich mit Simonetta Sommaruga ans Treffen der Innenminister nach Sopot in Polen.

Und Sie wollen in den Ständerat gewählt werden. Da liegen Ferien kaum drin.

Doch, doch. Der eigentliche Wahlkampf findet erst nach den Sommerferien statt. Zudem sind die Ständeratskandidaten den St. Gallern gut bekannt, sodass keiner von uns einen eigentlichen Wahlkampf machen muss. Das wird letztlich ein politischer Entscheid sein.

Werden Sie gewählt?

Das hoffe ich natürlich. Nach den vielen Jahren in der Regierung meine ich, in der Kammer der Kantone einiges einbringen zu können.

Möchten Sie den Sitz von FDP-Kollegin Erika Forster erben?

Das Bundesparlament ist ja keine Erbmonarchie ...

Gegen den bisherigen Ständerat Eugen David von der CVP werden Sie kaum eine Chance haben.

Ich trete nicht gegen Eugen David an. Es gibt einen freien Sitz – und ich hoffe sehr, dass dieser Sitz in der Hand einer bürgerlichen Frau bleibt.

SVP-Präsident Toni Brunner und Gewerkschaftsboss Paul Rechsteiner kan-

didieren auch – zwei politische Schwergewichte.

Das macht das Rennen auch spannend, die Begegnungen sind entsprechend interessant. Langweilen werden wir uns nicht!

«Macht ist positiv, wenn man etwas daraus macht»

Warum sollen Sie und nicht der junge Brunner gewählt werden?

Nun, ich bin eine typische Kantonsvertreterin, war Gemeinderätin, Kantonsrätin, bin im zwölften Jahr Regierungsrätin und präsidiere die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren. Das prädestiniert mich für das Stöckli. Der Ständerat ist keine Kammer der Parteipolitik; und ich stehe nicht für eine Parteipolitik – trotz meiner klar bürgerlich-liberalen Grundhaltung. Meine Devise ist: im Zweifel für die Ostschweiz, im Zweifel für den Kanton St. Gallen – und nicht für eine Ideologie.

Wie gestalten Sie Ihren Wahlkampf?

Die Frage ist, wie viel Zeit mir dafür bleibt. Primär mache ich meine Arbeit als Regierungsrätin, werde aber selbstverständlich auf Podien auftreten und an überparteilichen Veranstaltungen teilnehmen. Ein Wahlkampf mit vielen Inseraten macht wenig Sinn: Die St. Galler kennen mich und können mich beurteilen.

Haben Sie für sich ein Wahlbudget gemacht?

Ja klar, gemeinsam mit der Partei. Es ist aber nicht so, dass ich nun die grossen Geldbeträge erhalte, sondern es entwickelt sich eine breite Solidarität mit vielen kleinen Beiträgen – 50 oder 100 Franken. Das ist für mich ein Ansporn: Ich spüre, dass man mich breit unterstützt.

Wie gross ist denn dieses Budget?

Das weiss ich noch nicht, da die Sammelaktion noch läuft. Es ist auch noch nicht ganz klar, was wir machen werden. Das hängt vom erreichten Budget ab. Wir werden sicher einen Schwerpunkt bei den Plakaten setzen.

In Zürich kosten gute Lis-

tenplätze viel Geld. Lässt sich eine Wahl kaufen?

Bei einer Personenwahl wie im Majorzverfahren dürfte es schwieriger sein, eine Wahl zu kaufen, als bei einer Proporzwahl, wo neben den Parteistimmen auch die Stimmenverteilung innerhalb einer Kandidatenliste zählt. Eine Garantie gibt es aber nicht: Ich kann mich an Leute erinnern, die sehr viel Geld in einen Wahlkampf gesteckt haben, ohne dass dies gefruchtet hätte. Zu sagen, man könne einen Sitz kaufen, ist doch etwas hoch gegriffen.

Letzten Herbst wären Sie fast Bundesrätin geworden. Sie drängen vehement nach Bern.

Die Konstellation war schwierig letzten Herbst. Mir wäre lieber gewesen, wenn diese Ersatzwahl erst am Ende der Legislatur im Dezember erfolgt wäre. Doch die Erwartungshaltung war gross: Die Ostschweiz, die Frauen und die neue Generation in der Partei haben mich motiviert. Wäre ich nicht angetreten, hätte man gemunkelt, sie habe Angst zu verlieren.

Sind Sie eine Streberin?

Meine Lehrer würden den Kopf schütteln! Nein, ich bin keine Streberin, sondern habe einfach viel Freude an der Politik und arbeite gerne in diesem Umfeld.

Und ich bin sehr gerne Exekutivpolitikerin: Gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und dann

auch Resultate zu sehen, das finde ich spannend. Ich bin in einem Restaurant aufgewachsen, wo immer politisiert wurde. Politische Diskussionen liegen mir im Blut.

Sind Sie eine Machtfrau?

Ein Exekutivpolitiker würde lügen, wenn er abstreiten würde, auch Freude an der Macht zu haben. Macht zu haben heisst, Veränderungen herbeiführen zu können. Das gefällt mir. Macht ist positiv, wenn man etwas daraus macht, wenn man gestaltet, Einfluss nimmt. Macht um der Macht willen wäre nicht mein Stil.

«Politische Debatten liegen mir im Blut»

Sie präsidieren wie erwähnt die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJP). Ein einflussreiches Gremium?

Das ist so. Die Themen aus diesem Bereich haben an Beachtung zugenommen, und bei der Polizeihöhe geht es ja um den Souveränitätsbereich der Kantone. Entsprechend können wir über die landesweite Zusammenarbeit etwas erreichen.

Was sagt die KKJP-Präsidentin zum Vollzug der Ausschaffungsinitiative?

Das Thema bereitet mir noch Bauchweh.

Die von Justizministerin Sommaruga eingesetzte Arbeitsgruppe konnte sich nicht einigen ...

... und deshalb bringt es wenig, jetzt schon in die Diskussion einzusteigen. Der Bundesrat soll jetzt erst einmal einen Vorschlag unterbreiten, der dann ins Parlament und bestimmt auch in eine Vernehmlassung zu den Justiz- und Polizeidirektoren geht. Mich bedrückt, dass wir nun wohl jahrelang vor einem Stellungskrieg stehen. Ein jahrelanges Gezerre geht letztlich auf Kosten der Sicherheit. Würde man sich pragmatisch auf eine umsetzbare Lösung einigen, könnte man auch mehr Ausschaffungen vollziehen.

Die SVP beharrt auf dem Wortlaut des Volksentscheides. Ist das möglich?

Für die SVP schon. Sie hat ja bereits eine neue Volksinitiative angekündigt mit einem Text, wie sie ihn sich vorstellt. Deshalb ist ein jahrelanges Tauziehen zu befürchten. So wird ein Problem jahrelang bewirtschaftet, ohne dass die Sicherheit tatsächlich verbessert werden kann. Jede Initiative braucht eine Ausführungsgesetzgebung; dabei gehört es aber zum Stil in diesem Land, Kompromissbereitschaft zu zeigen.

FORTSETZUNG AUF SEITE 20

Karin Keller-Sutter ...

... ist am 22. Dezember 1963 geboren worden. Nach den Schulen in Wil (St. Gallen) und Neuenburg machte sie ein Studium als Übersetzerin und Dolmetscherin in Zürich und hängte ein Nachdiplomstudium in Pädagogik in Freiburg an. Von 1992 bis 2000 war sie Gemeinderätin in Wil und ab 1996 bis zu ihrer Wahl in den St. Galler Regierungsrat auch Kantonsrätin. Seit 2000 steht sie dem Sicherheits- und Justizdepartement St. Gallen vor. Karin Keller-Sutter ist verheiratet und wohnt in Wil. (uz)



«Eine Frage der Verhältnismässigkeit»

FORTSETZUNG VON SEITE 19

Welche Position vertreten Sie?

Irgendwo innerhalb der drei von der Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Varianten. Ich kann mir vorstellen, beim Delikt katalog strenger zu sein und so der SVP entgegenzukommen. Kaum Spielraum sehe ich bei den EU-Bürgern. Dort könnte es zu Problemen mit der Personenfreizügigkeit führen und damit mit dem bilateralen Abkommen.

Offenbar will die SVP auch mit diesem Thema die Schweiz isolieren?

Es ist an sich keine Abschottungsvorlage. Es ist ein Trend auszumachen, dass verschiedene Staaten wie Dänemark die Schraube anziehen wollen. Ein Thema der Isolation wird es aber dann, wenn wegen der wenigen delinquierenden Deutschen die Personenfreizügigkeit tatsächlich infrage gestellt wird.

Gemäss Initianten würde selbst ausgeschafft, wer eine Flasche Bier stiehlt. Macht das Sinn?

Das ist eine Frage der Verhältnismässigkeit. Die Schweiz ist ein Rechtsstaat – eine wichtige Errungenschaft unserer Gründerväter. Bei der Beurteilung einer Tat verbinden die Gerichte die Schwere eines Deliktes mit dem Strafmass. Eine Wegweisung, nachdem man eine Flasche Bier geklaut hat, ist nun wirklich nicht verhältnismässig! Zwischen einer gestohlenen Flasche Bier und einer Vergewaltigung gibt es einen Unterschied.

Mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe würden jährlich rund 1200 Delinquenten ausgeschafft – heute sind es rund 400. Sind das genug?

Die Frage ist, ob die Richtigen ausge-

schaft werden. Das Aufenthaltsrecht sollen jene verlieren, die sich nicht an die Spielregeln halten und nicht integrierbar sind.

Die Ausschaffungen organisieren müssten die Kantone. Kein Problem?

Wegweisungen von Straftätern machen wir ja heute schon – ohne grosse Probleme.

Beim Strafvollzug haben die Kantone ein Problem: Der Fall des entwichenen Sexual- und Gewaltverbrechers J. B. war schlicht beschämend.

Das ist so. Das war ein Fall, der nicht geschehen durfte – wie jeder solche Fall nicht geschehen darf! Wenn ein hochgefährlicher Täter entweicht, ist das ein schwerwiegender Einzelfall. Deshalb zu sagen, die Kantone hätten ein Problem, ist vermessen. Im Strafvollzug ist viel verbessert worden, und es gibt sicher noch mehr gezielte Massnahmen, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Allerdings muss man sich auch bewusst sein: Rund 99 Prozent der inhaftierten Täter haben eine zeitlich befristete Strafe abzusitzen und werden dann wieder in die Freiheit entlassen. Doch die Täter haben sich verändert: Wir haben es heute mit Tätern zu tun, die oft weder integrationsfähig noch einsichtig sind. Diese Leute auf ein Leben in Freiheit vorzubereiten, ist eine äusserst anspruchsvolle Aufgabe.

Wie kommt es, dass jeder Kanton eine andere Urlaubsregelung kennt?

Zuständig sind nicht die einzelnen Kantone, sondern die drei Strafvollzugskonkordate: Ostschweiz, Nordwest- und Innerschweiz, Westschweiz und Tessin. Es ist so: Es gibt eine kulturelle Differenz im Strafvollzug zwischen der Westschweiz und der Deutschschweiz. Die Deutschschweiz

ist viel risikoorientierter. Bei uns in der Ostschweiz gilt das Primat der öffentlichen Sicherheit vor den individuellen Rechten der Täter. Nun habe ich einen Vergleich der drei Konkordate in Auftrag gegeben, um allenfalls eine Vereinheitlichung zu erreichen. Allerdings: Ich wäre nicht bereit, hinter den strengen Standard der Ostschweiz zurückzutreten.

Warum wehren Sie sich gegen eine einheitliche Lösung mit einem Bundesgesetz?

Der Bundesgesetzgeber ist weit weg von der Praxis. Und dieser Gesetzgeber würde dann für all die verschiedenen Anstaltstypen und verschiedenen Häftlinge mit ihren verschiedenen Urteilen bestimmen, unter welchen Umständen wer Urlaub erhält. Das scheint mir nicht praktikabel zu sein. Ich bin für eine Vereinheitlichung, aber die muss nahe an der Praxis zwischen den Konkordaten stattfinden.

Nächsten Samstag beginnt die neue Fussballsaison. Wie hat sich die St. Galler Schnelljustiz für randalierende Fans bewährt?



Sehr gut. Diese Schnellverfahren sind ja nichts Exotisches. Sie sind in der Strafprozessordnung begründet, wonach ein Staatsanwalt für Delikte, die mit Strafen bis sechs Monaten bedroht sind, einen Strafbefehl aushändigen kann. Entscheidend ist aber: Es braucht eindeutige Beweise. Also braucht es eine enge Zusammenarbeit zwischen der Staatsanwaltschaft und den Festnahme- und Beweissicherungsteams der Polizei.

«Schnelljustiz» – tönt das nicht nach einer Bankrotterklärung eines sauberen rechtsstaatlichen Verfahrens?

Das ist überhaupt nicht so. Es gibt immer eine Beschwerdemöglichkeit an das Gericht. Der Rechtsstaat ist in keiner Art und Weise geritzt.

«Vereinheitlichung ja, aber nahe an der Praxis»

Mit der Schnelljustiz können vielleicht einzelne Rädelsführer erfasst werden – die Masse aber pöbelt weiter.

Das ist so, es können nie alle erfasst werden. Dennoch ist es ein Fortschritt. Früher bestand die Polizeitaktik in der Schadensbegrenzung. Scharmützel und Pöbeleien versuchte die Polizei kleinzuhalten, um Eskalationen zu verhindern. Das hat in der Bevölkerung den Eindruck erweckt, der Rechtsstaat kapituliere.

Sind die Polizisten genügend ausgebildet für die zunehmenden Gewaltorgien?

Ausgebildet sind sie schon. Offen bleibt, ob man ihnen das Wochenende für Wochenende zumuten kann. Es gibt Polizisten, die drei bis vier Wochenenden im Einsatz sind wegen Fussball- und Eishockeyspielen. Da frage ich mich auch gesellschaftlich: Was tun wir hier? Was geschieht in diesem Land? Es kann doch nicht sein, dass Sportanlässe das grösste Sicherheitsproblem sind.

Wegen der immensen Polizeipräsenz bei den Stadien fehlen die Polizisten anderswo?

Das ist so. Die polizeiliche Grundversorgung ist ausgedünnt.

Die Fussballclubs denken nach wie vor nicht daran, die Polizeieinsätze zu entschädigen. Was nun?

Sie entschädigen schon. Gemäss Bundesgericht können bis zu 80 Prozent der Polizeikosten eingefordert werden. Die KKJP hat inzwischen mit dem Fussballverband einen Mustervertrag ausgearbeitet. Dabei war die KKJP bereit, die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Clubs und sein Engagement im Sicherheitsbereich zu berücksichtigen. Die Rapperswil-Jona Lakers haben eben nicht das gleiche wirtschaftliche Umfeld wie ein FC Basel.

Könnte die Armee aushelfen?

Das sehe ich nicht. Milizsoldaten kann man nicht einsetzen gegen randalierende Fussballchaoten. Man kann nicht den Bürger in Uniform zum Polizisten machen.

Was sind Sie lieber: Polizeidirektorin oder Militärdirektorin?

Schon lieber Polizeidirektorin. Die Polizei ist im Hoheitsbereich der Kantone, während das Militär keine kantonale Aufgabe ist.

Sollten Sie in den Ständerat gewählt werden, wollen sie das St. Galler Regierungsamt aufgeben. Warum eigentlich?

In einem grossen Kanton ist es nicht realistisch, beides miteinander zu verbinden. Ein Ständeratsmandat beansprucht immerhin 60 bis 70 Prozent der Zeit.

Hatten Sie noch nie die Nase voll von der Politik?

Doch, doch, das kann es schon geben.

Und wie motivieren Sie sich neu?

Wenn ich nach einer Phase, wo ich nicht so gut drauf bin, gut schlafe und dann mit dem Hund spazieren gehe, bin ich wieder voll da.